

# CVP fordert die Rückzahlung aller Steuern an Ernst Suter

**DÜRNTEN** Der Steuerskandal um Ernst Suter ist auch Thema bei den Dürntner Parteien. Sie stellen sich unterschiedlich zum Fall. Die Dürntner CVP fordert, dass die Gemeinde Suter die zu viel gezahlten Steuern zurückerstattet.

Der Fall von Hilfsarbeiter Ernst Suter, der in seinem Leben nie eine Steuererklärung eingereicht hat und nun vor dem Ruin steht, ist in Dürnten seit Tagen das Thema Nummer eins. Nicht nur auf der Strasse, auch bei den Versammlungen der Parteien. «Am heftigsten wurde über die traurige Steuergeschichte des Herrn Suter diskutiert», schreibt die CVP Dürnten in einer Mitteilung zur letzten Parteiversammlung. Die Versammlung habe sich am vergangenen Donnerstag zutiefst empört gezeigt über die Abzockerei eines Bürgers. Man sei sich zwar bewusst, dass Herr Suter unglaublich unwissend handelte. Die Gemeinde hätte alles rechtens gemacht, schreibe denn auch der Gemeindepräsident. «Die CVP ist aber dezidiert der Meinung, dass in einer kleinen Gemeinde wie Dürnten nicht einfach das Gesetz in extenso angewendet werden sollte.» Vielmehr wäre es die Pflicht der Behörden, einem offensichtlich überforderten Bürger zu helfen. Was in Dürnten geschah, sei als unsensibel und schändlich bezeichnet worden.

## Sache in Ordnung bringen

Die Versammlung habe beschlossen, zuerst abzuwarten, wie sich die Sache entwickelt. «Wir möchten dem Gemeindepräsidenten die Chance geben, die Sache mit Gefühl und Anstand in Ordnung zu bringen.»



Wird von der CVP unterstützt: Die Partei fordert, dass Ernst Suter die zu viel bezahlten Steuern zurückerstattet werden.

Markus Zürcher

Was für die CVP hiesse, die strenge Haltung an den gesetzlichen Fristen aufzugeben und Herrn Suter gemäss seinem tatsächlichen Einkommen zu besteuern. «Die zu viel eingezogenen Steuern sind ihm zurückzugeben», fordert die Partei.

## «Schaden wird nicht kleiner»

Die anderen Parteien geben sich zurückhaltender. Da sie die genauen Fakten nicht kenne, will die SVP – die weitaus wähl-

stärkste Partei in der Gemeinde – noch keine Forderungen stellen. «Alles andere wäre Populismus», sagt Ortsparteipräsident Reto Spörri. «Wir kennen den Fall nur aus der Zeitung und wollen nicht unfair sein.» Grundsätzlich hätten aber beide Seiten Fehler gemacht – auch die Behörden. «Derart hohe Steuerrechnungen müssen hinterfragt werden», sagt Spörri. Er gehe davon aus, dass man die wirklich guten Steuerzahler in der Ge-

meinde kenne. Damit widerspricht Spörri der Darstellung von Gemeindepräsident Hubert Rüegg (FDP), der sich auf den Standpunkt stellt, man habe die Lebensverhältnisse von Ernst Suter nicht gekannt.

Nun müsse es darum gehen, die Geschichte gut zu Ende zu bringen und möglichst bald eine gütliche Lösung zu finden, sagt Spörri. «Der Schaden für Dürnten wird nicht kleiner, wenn sich die Sache noch wochenlang hinzieht.» Zudem kritisiert der SVP-Präsident die Kommunikation der Gemeinde als «nicht optimal». «Es war sicher nicht gut, dass man sich immer auf den Gesetzestext berufen hat.»

## FDP will Gespräch aufnehmen

Die restlichen Parteien zeigen sich noch zurückhaltend. «Wir wollen erst die Sitzung vom 3. Dezember abwarten», sagt Erich Birrer von der SP Dürnten. «Zudem gehen wir davon aus, dass sich der Gemeindepräsident an der Gemeindeversammlung äussern wird.» Darüber hinaus habe man bei der SP noch keine Forderungen formuliert.

Auch Christoph Lerch, Ortsparteipräsident der FDP Dürnten, will zum jetzigen Zeitpunkt keine Stellungnahme abgeben. «Wir werden aber sicher mit unseren Gemeindevertretern Gespräche aufnehmen.» Erst wolle man aber das am 3. Dezember angesetzte Gespräch abwarten, das man für einen «guten Ansatz» halte. «Bis dahin wollen wir uns dazu nicht äussern», sagt Lerch. Auch bei der Freien Demokratischen Vereinigung will man keine Stellungnahme abgeben. «Der Fall muss aber sauber aufgerollt werden», lässt sich Parteipräsident Hansruedi Bertschinger zitieren.

Andreas Kurz

# Eine Alterssiedlung im Baurecht

**GRÜNINGEN** Die Gemeinde plant an der Niderwisstrasse eine neue Alterssiedlung mit 21 Wohnungen und einem neuen Spitex-Stützpunkt. Dafür soll das Land an die Baugenossenschaft Grüningen abgegeben werden.

Grüninger sollen in Grüningen alt werden können – wenn sie dies wollen, bis zum Tod. Dies war der Tenor an der Info-Veranstaltung vom Montag, an der eine Machbarkeitsstudie zu einem Wohn- und Pflegeheim an der Niderwisstrasse vorgestellt wurde.

Gemeindepräsidentin Susanna Jenny erklärte 142 Besuchern im Kirchgemeindehaus die Eckdaten des Projekts: Auf dem Areal zwischen Niderwisstrasse und Kindergartenweg soll ein längliches, vierstöckiges Gebäude erstellt werden, mit Platz für 21 Wohnungen, mit 11 Pflegeheimplätzen und einem neuen Spitex-Stützpunkt. Das Land gibt die Gemeinde im Baurecht an die Baugenossenschaft Grüningen ab. Am 5. Dezember entscheidet die Gemeindeversammlung über den Baurechtsvertrag der beiden Parteien, mit einem jährlichen Baurechtszins von rund 33000 Franken vorsieht. «Ein unumstrittenes Geschäft», sagte Jenny, «aber man weiss ja nie.»

Wenn die Gemeindeversammlung zustimmt, muss die Baugenossenschaft bis Ende 2017 ein bewilligungsfähiges Projekt vorschlagen, bei welchem auch die Finanzierung geklärt ist. «Wie das Haus aussehen wird, wissen wir noch nicht», sagte Jenny.

## Möglichkeiten aufgezeigt

Die beiden Zürcher Architekten, welche die Machbarkeitsstudie im Auftrag der Gemeinde erstellt hatten, zeigten am Montag in einer Präsentation zumindest auf, was auf dem L-förmigen Grundstück möglich ist. «Eine komische Form», sagte Architektin Sabina Hubacher, «darauf lässt sich ein vielfach geknickter Baukörper mit langen Fassaden errichten.» Das Gebäude soll so gelegt werden, dass es von der Grösse her verträglich fürs Quartier ist und in Richtung der bereits bestehenden Alterssiedlung auf der anderen Seite der Niderwisstrasse offen ist.

Die Wohnungen sind in den oberen drei Stockwerken geplant: insgesamt neun 2½-, neun 3½ sowie drei 4½-Zimmer-Wohnungen. Vorgesehen sind ausserdem Einheiten für die öffentliche Nutzung, etwa Coiffeur oder Podologie, sowie als zumietbare Zimmer – beispielsweise für Gäste. Im Erdgeschoss befinden sich die 11 Pfl-

gezimmer, die Spitex-Zentrale sowie ein Foyer und ein Gemeinschaftsraum als Treffpunkt. Geplant ist auch eine Terrasse in Richtung Wohnheim Niderwis. Die Parkplätze sollen unterirdisch verlegt werden, mit Zufahrt durch die bereits bestehende Tiefgarage der Post.

Paul Ziegler, Präsident der Spitex Grüningen, erklärte den Gästen am Montagabend, warum ein neuer Stützpunkt notwendig ist. «Wir haben immer mehr Langzeitpflege, und die aktuelle Spitex kann keine 24-Stunden-Pflege anbieten.» Von den zurzeit 50 Klienten muss zudem rund die Hälfte ausserhalb der Gemeinde betreut werden. «Der Wunsch der meisten ist es aber, dass sie in Grüningen bleiben können», so Ziegler. Im Moment arbeiten 16 Mitarbeiter in sechs Vollzeitstellen, durch die neue Zentrale rechnet Ziegler mit einer Aufstockung auf acht Vollzeitstellen.

## Wohnungen zu Marktpreisen

Die Wohnungen könnten nicht günstiger, sondern ungefähr zu Marktpreisen vermietet werden. Dies kündigte Theophil Müller an, der Präsident der Baugenossenschaft Grüningen. «Qualität kostet etwas», sagte er, wobei der Standard der Wohnungen noch nicht definiert sei. Konkrete Zahlen wollte Müller

noch keine nennen. Die Baugenossenschaft Grüningen existiert seit 44 Jahren und hat rund 200 Mitglieder. Dieses Projekt sei für sie «ein grosser Lufz», sagte Müller.

In der Fragerunde wollte ein Grüninger wissen, warum die Gemeinde nicht selbst baue. Gemeindepräsidentin Jenny entgegnete, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde sei, Wohnungen zu bauen. Ausserdem sei es eine finanzielle Frage mit Investitionen in Millionenhöhe. Auch könne die Baugenossenschaft günstiger bauen als die Gemeinde. «Selber bauen wäre unvernünftig», schloss Jenny.

## Gemeinde behält Einfluss

Während rund eines Jahres arbeiteten die Architekten gemeinsam mit einer Steuergruppe an der Machbarkeitsstudie – mit der Gemeindepräsidentin als Vorsitz. «Diese Aufgabe gebe ich nur ungern ab», sagte Jenny. Gemeinde und Spitex bleiben jedoch in der Baukommission vertreten. Bevor die Baugenossenschaft ein Projekt ausarbeiten kann, muss das gemeindeeigene Grundstück erst noch in eine Zone für öffentliche Bauten überführt werden. Darüber werde wohl im März anlässlich einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung befunden, kündigte Jenny an.

Andres Eberhart

**OTTO'S** **Sessantanni Primitivo di Manduria** Jahrgang 2011\*  
75 cl  
100% Primitivo, 12 Monaten in Barriques, 14,5% Vol., sofort genussreif, lagerfähig bis 2019  
24.90 statt 29.90

**ottos.ch**

**Celebrations**  
7.95 Konkurrenzvergleich 9.50  
320 g

**Coca-Cola**  
Classic, Zero oder Light  
je 6 x 1,5 Liter  
8.60 statt 13.20

**Segafredo**  
Kaffee Intermezzo, Bohnen 1 kg oder gemahlen 2 x 250 g  
5.- Konkurrenzvergleich 11.50  
10.- Konkurrenzvergleich 21.90

**Nicky**  
Küchentücher  
12 Rollen  
6.95 statt 8.85

**Yves Saint Laurent**  
Manifesto Femme EdP Vapo 50 ml  
54.90 Konkurrenzvergleich 132.-

**Ariel**  
flüssig: Regular, Colour & Style oder Febreze, Pulver: Regular, Colour & Style oder Febreze  
85 WG  
19.90 statt 45.50

**SPORT**  
**Kappa**  
Winterschuh Herren Stiefel, Gr. 40-46  
59.- Konkurrenzvergleich 99.-

**ARIEL**  
je 100 WG L PACK  
25.95 statt 56.65

**Rollkragen-Pullover**  
Cashmere-feeling, Gr. S-XL, 100% Acryl, div. Farben  
20.-

**Herren Diesel Retro-Boxershorts** Gr. S-XL, schwarz mit farbigem Bund  
49.90 Konkurrenzvergleich 69.90  
3er-Pack

**Polstergarnitur**  
Kunstleder schwarz, 3-2-1, 178/152/91 x 95 x 79 cm  
498.-  
Preis-Hit  
• Lederoptik • abwaschbar • pflegeleicht

**Filialen in Ihrer Nähe:**  
• Hegnau • Aathal